



## Stadt Boizenburg/Elbe

### Niederschrift

#### **öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus, Umwelt, Ordnung und Sicherheit**

Sitzungstermin: **Mittwoch, den 20.04.2011**  
Sitzungsbeginn: **19:00 Uhr**  
Sitzungsende: **21:30 Uhr**  
Ort, Raum: **Rathaus, Rathaussaal (EG)**

Sitzungsnummer: **AWTUOS/003/2011**

#### **Anwesend sind:**

##### **Ausschussmitglied SPD**

Herr Reinhold Tiede

##### **Ausschussmitglied BfB**

Herr Uwe Kraft

##### **Ausschussmitglied FDP**

Herr Peter Helle

##### **Ausschussmitglied CDU**

Herr Udo Behnke

Frau Gisela Steinort

##### **Ausschussmitglied DIE LINKE**

Herr Paul Böhm

##### **Verwaltung**

Frau Petra Götz

Herr Harald Jäschke

Herr Benjamin Reppe

#### **Entschuldigt fehlen:**

##### **Ausschussmitglied SPD**

Herr Holger Buck

## **Tagesordnung:**

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden
- 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Genehmigung der Tagesordnung
- 5 Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2011
- 6 Bericht der Verwaltung
- 7 Anfragen und Mitteilungen
- 8 Einwohnerfragestunde
- 9 Touristisches Leitsystem - weitere Vorgehensweise

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 10 Vergabe der Fischereirechte der Stadt Boizenburg/Elbe  
Vorlage: 033/11/30
- 11 Information und Beratung zur Wirtschaft
- 12 Anfragen und Mitteilungen

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr.

#### zu 2 **Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V § 31 Abs. 3**

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung am 16.02.2011 wurden keine Beschlüsse gefasst.

#### zu 3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Ausschuss ist mit 6 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig. Die form- und fristgerechte Ladung wird festgestellt.

#### zu 4 **Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Helle bittet darum, einen TOP 13 in die Tagesordnung aufzunehmen und diesen nach TOP 4 zu behandeln. Hier soll es um die Situation an der Bushaltestelle der „Rudolf Tarnow Schule“ gehen.

Frau Steinort bittet ebenfalls darum, einen TOP aufzunehmen. Sie schlägt vor den TOP 14 – Bürgeranhörung zu Verkehrsproblemen in der Altstadt – hinter TOP 8 zu behandeln.

Die nachfolgende Tagesordnung wird mit einer Abstimmung von **6 : 0 : 0** genehmigt:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden
- 2 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse lt. KV M-V
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Genehmigung der Tagesordnung
- 13 Situation an der Regionalen Schule „Rudolf Tarnow“
- 5 Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2011
- 6 Bericht der Verwaltung
- 7 Anfragen und Mitteilungen
- 8 Einwohnerfragestunde

- 14 Bürgeranhörung zum Thema: Verkehrsprobleme Altstadt
- 9 Touristisches Leitsystem - weitere Vorgehensweise

#### **Nicht öffentlicher Teil**

- 10 Vergabe der Fischereirechte der Stadt Boizenburg/Elbe  
Vorlage: 033/11/30
- 11 Information und Beratung zur Wirtschaft
- 12 Anfragen und Mitteilungen

#### **zu 5 Situation an der Regionalen Schule "Rudolf Tarnow"**

Zu diesem TOP sind Herr Rademacher und Frau Haack vom Schulleiternbeirat, sowieso Herr Grulich, als Leiter des Polizeireviers, im Ausschuss zu Gast.

Zunächst berichtet Herr Rademacher über die seiner Meinung nach unhaltbare Situation an der Bushaltestelle „Schulzentrum“. Die größten Probleme bereiten hier Gewalt, Vandalismus, Alkohol und das Abbrennen von zum Teil selbst gebauten Feuerwerkskörpern. Aber auch der Verkehr auf der Straße vor der Haltestelle stellt nach Herrn Rademachers Einschätzung ein Problem dar.

Herr Rademacher sieht hier dringend Handlungsbedarf. Ihm ist aber auch bewusst, dass bei der Lösung der Probleme an dieser Stelle alle Seiten, sprich Stadt, Polizei, Schule und Eltern, beteiligt werden müssen.

Vor einiger Zeit wurde eine Videoüberwachung der Bushaltestelle angestrebt. Diese wurde jedoch vom Datenschutzbeauftragten abgelehnt. Für Herrn Rademacher stellt dies jedoch weiterhin eine Möglichkeit dar, die Vorfälle zumindest einzudämmen, da man auf diesem Weg die Täter finden kann. Für eine Aufsichtsperson wäre dies aufgrund der Masse der Schüler nicht möglich.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Rademacher möchte Herr Behnke wissen, ob es einen Kreis von Verdächtigen gibt, denen diese Aktionen zugeordnet werden können.

Wie Herr Rademacher bereits sagte, ist es wegen der vielen Schüler sehr schwierig einzelne Täter herauszufinden. Aussagen von anderen Schülern gibt es auch nicht, da diese entweder zur gleichen Gruppe gehören oder aus Angst nichts sagen.

Von Herrn Grulich möchte Herr Behnke wissen, was Schülern passiert, die noch strafunmündig sind.

Sobald ein Straftatbestand erfüllt ist, wird auch eine Anzeige geschrieben, erklärt Herr Grulich. Fakt ist aber auch, dass diese, wenn der Täter strafunmündig ist, von Staatsanwaltschaft eingestellt wird. Allerdings werden diese Strafanzeigen vermerkt. Sobald derjenige strafmündig ist und eine weitere Anzeige gestellt wird, gibt es dann andere/ weiterführende Möglichkeiten zur Bestrafung.

Das Abbrennen von selbstgebauten Feuerwerkskörpern stellt nach Aussage von Herrn Behnke eine „Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ dar. In diesem Zusammenhang regt er an, den Munitionsbergungsdienst anzusprechen, ob dort die Möglichkeit besteht in die Schule zu gehen und die Schüler über die Gefahren

im Umgang mit Feuerwerkskörpern aufzuklären.

Herr Tiede wünscht sich zunächst, die Schulaufsicht auf den Bereich der Bushaltestelle auszuweiten.

Herr Jäschke gibt zu bedenken, dass die Bushaltestelle zum öffentlichen Bereich gehört und die Zuständigkeit der Schule an der Schulhofgrenze endet.

Weiterhin sagt Herr Jäschke, dass die Stadt lediglich die Möglichkeit hat Maßnahmen anzuregen. Bei der Durchführung sind auch ihr, ab einem gewissen Punkt, die Hände gebunden. Vor allem die Eltern sind hier gefordert. Ähnlich wie Herr Rademacher sieht auch er eine gute Möglichkeit in der Kameraüberwachung des Geländes und der Busse. In den vergangenen Jahren gab es bereits ähnliche Vorfälle in deren Folge die Polizeipräsenz massiv erhöht wurde. Dies zeigte damals Wirkung und wäre auch aktuell eine weitere Möglichkeit um Ruhe einkehren zu lassen.

Herr Grulich stellt anschließend noch einige Zahlen zu aufgenommen Anzeigen und Vorfällen im Bereich der Schule vor. Außerdem unterstreicht Herr Grulich noch einmal, dass es auf ein Zusammenspiel aller Beteiligten ankommt, wobei die Eltern auch seiner Meinung nach in der Hauptverantwortung stehen, da diese am besten und unmittelbar Einfluss auf ihre Kinder nehmen können.

#### **zu 6      Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2011**

Herr Kraft bittet darum, dass zukünftig bei der Anwesenheit auf der ersten Seite der Niederschrift alle Ausschussmitglieder auch als Ausschussmitglieder bezeichnet werden.

Herr Jäschke erklärt, dass es sich hierbei um einen Fehler in den Stammdaten des Programms handelt. Dieser wird aber behoben.

Die vorliegende Niederschrift wird mit einer Abstimmung von **5 : 0 : 1** genehmigt.

#### **zu 7      Bericht der Verwaltung**

Herr Jäschke hat keine Mitteilungen, die den Ausschuss betreffen.

#### **zu 8      Anfragen und Mitteilungen**

In der Nacht von Sonntag zu Montag waren in der Stadt sehr viele Feuerwehrfahrzeuge unterwegs. Herr Kraft möchte wissen was der Grund dafür war.

Herr Behnke sagt hierzu, dass es sich bei dem Einsatz in der Nacht um einen Fehlauflösung in einer Brandmeldeanlage handelte und am frühen morgen wurde Feuerwehr zu einem schweren Verkehrsunfall auf der B 5 alarmiert.

## **zu 9 Einwohnerfragestunde**

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

## **zu 10 Bürgeranhörung zum Thema: Verkehrsprobleme Altstadt**

Zu diesem TOP ist Herr Prötzig im Ausschuss zu Gast. Er spricht über die Verkehrssituation in der Altstadt und die damit verbundenen Probleme für die Anwohner.

Als ursächlich für den verursachten Lärm sieht Herr Prötzig das Pflaster in der Altstadt an, dass in Verbindung mit der hohen Anzahl der Fahrzeuge das für die Anwohner „unerträgliche Knallgeräusch“ verursacht.

Als erste Maßnahme schlägt Herr Prötzig vor, den Fahrbahnbelag an die hohe Fahrzeuganzahl anzupassen. Sollte hierdurch keine Lösung erzielt werden können, müsse darüber nachgedacht werden, dass Pflaster komplett zu entfernen.

Weiterhin muss auch die Anzahl der Fahrzeuge, welche die Altstadt durchfahren deutlich reduziert werden. Hier sollte man mit verkehrslenkenden Maßnahmen bereits auf dem Bahnhof beginnen.

Seine Vorstellung zur Verkehrsführung in der Altstadt - bzw. um die Altstadt herum - stellt Herr Prötzig anschließend auf einem Luftbild dar.

Herr Jäschke stellt nach den Ausführungen von Herrn Prötzig zunächst fest, dass nicht das Pflaster in der Altstadt den Lärm verursacht sondern die Autos. Insofern kommen Maßnahmen wie Überasphaltieren oder Austausch der Steine nicht in Frage.

Herr Jäschke stimmt mit Herrn Prötzig aber insoweit überein, dass ein Teil des Verkehrs aus der Altstadt herausgenommen werden muss. Hierbei muss aber auch beachtet werden, dass es verschiedene Interessensvertreter in der Altstadt gibt. Das sind neben den Grundstückseigentümern auch die Gewerbetreibenden und Menschen, die den direkten Weg durch die Altstadt nehmen müssen (z.B. Busse, Einsatzkräfte von Feuerwehr, Polizei u. Rettungsdienst).

Fakt ist auch, so Herr Jäschke, dass die Stadt keine verkehrslenkenden Maßnahmen vornehmen kann, ohne dass eine Verkehrsrechtliche Anordnung vorliegt. Dies liegt in Zuständigkeit des Landkreises.

Hoffnung hat Herr Jäschke dahingehend, dass man den Verkehr besser wird abführen können, wenn die Stiftstraße fertig ausgebaut ist. Aber auch dann muss man wieder an die denken, die auf den direkten Weg angewiesen sind.

Frau Steinort empfindet es zunächst als positiv, dass im Rahmen einer solchen Ausschusssitzung Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, sich zu Problemen zu äußern. Sie ist sich aber auch bewusst, dass man an diesem Tisch, insbesondere mit Blick auf die Zuständigkeit des Ausschusses, keine Lösung finden wird. Sie schlägt vor, dieses Thema im ABSVD nochmal ausführlich zu behandeln.

Herr Jäschke erklärt, dass es auch den Mitgliedern im ABSVD freisteht, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Im Anschluss unterbricht der Vorsitzende die Sitzung für eine Pause von 5 Minuten.

**zu 11      Touristisches Leitsystem - weitere Vorgehensweise**

Frau Götz stellt den Ausschussmitgliedern den von ihr erarbeiteten Antrag zur Aufstellung eines Hinweisschildes vor.

Herr Tiede und Frau Steinort stimmen diesem Entwurf zu.

Herr Behnke möchte wissen, an welchen Stellen die Straßenverkehrsbehörde einer Aufstellung dieser Schilder nicht zustimmt.

Dies ist zum Beispiel an Bundesstraßen der Fall. Als Beispiel führt er die „Fliesenstadt“ Schilder an, die mindestens 20 Meter von der Straße entfernt aufgestellt werden mussten. Aus diesem Grund darf an der Umgehungsstraße auch nicht für den Wohnmobilstellplatz geworben werden.

Abschließend stimmt der Ausschuss über den Antrag ab.

**Abstimmungsergebnis:    6 : 0 : 0**

**Der Ausschuss erklärt sich mit dem erarbeiteten Antrag einverstanden und beauftragt die Verwaltung damit, mit der Umsetzung zu beginnen.**

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.06.11

Benjamin Reppe  
Protokollführer/in

Ausschussvorsitzende/r